

Editorial

Josef Obermoser und Kurswechsel-Redaktion

Im Angesicht der aktuellen großen multiplen Krise stellt sich nicht nur die Herausforderung der ökonomischen Verwerfungen und ihrer Bewältigung (vgl. Kurswechsel Heft 1/2012), sondern auch die Frage nach der Zukunft der gesellschaftlich-politischen Verhältnisse. Konkret bedeutet das – wie auch schon bei früheren Krisenperioden (vgl. Kurswechsel Heft 2/2002) – die Analyse von Kontinuitäten und Brüchen neoliberaler Regierungsweisen, Regulationsformen und Subjektivierungsweisen. Die zentrale Fragestellung dabei ist, ob der Neoliberalismus gestärkt aus der Krise hervorgeht, in welcher Weise er sich verändert und welche postneoliberalen Tendenzen auszumachen sind.

Der Aufstieg des Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte ist weniger der Einsicht in die grundsätzliche Überlegenheit von Märkten zuzuschreiben, sondern ist als Ausdruck geänderter Kräfteverhältnisse zu verstehen (Crouch 2011). An diesen Verhältnissen hat sich durch die Krise nichts Wesentliches geändert, weshalb die dominante Orientierung trotz Erschütterung weitgehend stabil bleibt bzw. bislang nur in Nuancen adaptiert werden musste.

Als Projekt zur Wiederherstellung von bürgerlicher Macht (Harvey 2005) betont der Neoliberalismus individuelle formale Rechte, die Zentralität von Eigentumsrechten, eine Kultur des Individualismus, des Konsums und des Marktpopulismus. Die Einbindung der Subalternen erfolgte zuletzt über die Ausweitung der Verschuldungsmöglichkeiten durch Deregulierung der Finanzmärkte bei gleichzeitigem Rückbau des Wohlfahrtsstaats. Die Eliten versuchen diesen Modus mit aller Macht zu bewahren und zu stabilisieren.

Dass dies gelingt, liegt auch daran, dass der Neoliberalismus kein starres Gebilde ist, das durch die Krise fundamental unterminiert wäre, sondern ein vielgestaltiges Phänomen, das unterschiedliche Formen – bis hin zu einem neoliberalen Nationalismus (Harmes 2012) – annehmen, verschiedene Phasen durchlaufen (Jessop 2012), und sich anpassungsfähig mit anderen Komponenten artikulieren kann: Er ist mehr eine praktische Ideologie der Eliten, statt eine umfassende, fest umrissene Konzeption (Demirovic 2005). Und eine Krise bringt eine solche nicht notwendigerweise in Gefahr: »Krisen bedeuten nicht unbedingt eine Abkehr von der herrschenden Politik, sondern führen oft zu deren gradueller Erneuerung und festigen auf diese Weise die zugrunde liegenden Herrschaftsverhältnisse. Antonio Gramsci nannte das eine ›passive Revolution« (Brand 2009).

Die Betonung der Wandlungs- und Verbindungsfähigkeit des Neoliberalismus kann als Leugnung von Veränderung durch Hinweis auf Meta-Stabilität interpretiert werden. Oder aber auch als Aufruf zu einer genaueren Betrachtung der sozialen Basis von (wirtschafts)politischen Konzeptionen, die mit wechselnden Koalitionen in Reaktion auf unterschiedliche Konjunkturen einhergeht. In diesem Sinne ist Neoliberalismus besonders in Krisenzeiten mit Anpassungsdruck konfrontiert, der Veränderungen nach sich zieht. Den Konsequenzen dieser Veränderungen, ihrer Qualität

und ihren Implikationen für die Aussichten auf emanzipative soziale Veränderung sind die Beiträge in diesem Heft auf der Spur. Dominieren Kontinuität oder Wandel die aktuellen Krisenreaktionsprozesse? Können wir stellenweise von einem »Post-Neoliberalismus« sprechen?

Beiträge dieses Hefts

Jens Wissels Beitrag konstatiert, dass sich zurzeit eine autoritär-neoliberale Strategie, angereichert mit national-neoliberalen Elementen durchzusetzen scheint. Das neoliberale Wachstumsmodell sei an seine Grenzen gestoßen und auf Dauer nicht mehr wiederzubeleben. In Analogie zum Ende des Fordismus erwartet Wissel ein Jahrzehnt der Krise und der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Markus Wissen untersucht das anlässlich des UN-Erdgipfels Rio+20 (der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung) propagierte Konzept »Green Economy« als Symptom für die gesellschaftliche Suche nach einem neuen hegemonialen Projekt, in einer Situation, in der sich das alte, neoliberale Projekt in einer tiefen Funktions-, in großen Teilen der Welt auch in einer Legitimationskrise befindet. Wissen charakterisiert die »Green Economy« als exklusives Modernisierungsprojekt und untersucht seine Rolle im Rahmen des Vorschlags für einen globalen »Green New Deal«.

Christina Kaindl beschäftigt sich mit der Frage, wie das »Weiterwirken des Neoliberalismus vor dem Hintergrund seines Scheiterns« die Subjekte unterschiedlich erfasst. Darüber hinaus zeichnet sie die erfolgreiche Inszenierung der politischen Klasse als Anwältin der Interessen des Staates/Volkes gegen die Krise nach. Diese könne an eine Sehnsucht nach dem korporatistisch-fordistischen Staat anknüpfen. Durch die Verschiebung der Verantwortung für die Krise von neoliberalen Politiken auf die Länder der europäischen Peripherie konnten tragischerweise implizit die Niedriglohnpolitik der letzten Jahre in Kerneuropa (insbesondere in Deutschland) gerechtfertigt, und somit politische Verhältnisse vorerst stabilisiert werden. Proteste nehmen allerdings gegenwärtig (besonders dort, wo das Krisenmanagement der Eliten die Lebensbedingungen bereits stark verschlechtert hat) massiv zu und auch das bisherige Ausbleiben von größeren Protesten in Deutschland könne nicht als Zeichen der Zustimmung aufgefasst werden.

Gabriele Michalitsch zufolge zeigt sich in der Krise ein hohes Ausmaß neoliberaler Kontinuität in Bezug auf Geschlechterverhältnisse. Die Anpassung an die Krise und die Verteilung der Krisenlasten erfolgt asymmetrisch zwischen den Geschlechtern, weshalb vorderhand keine emanzipativen postneoliberalen Perspektiven hervortreten.

Zum Abschluss gehen zwei Beiträge aus aktivistischer Perspektive auf das Heftthema ein.

Leo Kühberger untersucht die jüngsten Entwicklungen Sozialer Bewegungen, insbesondere deren Krisenproteste. Er vergleicht sie mit jenen der Anti-Globalisierungsbewegung um die Jahrtausendwende und kommt dabei zum Schluss, dass beide Teil eines gemeinsamen neuen Kampfzyklus seien. Er konstatiert gelernte Lektionen und Weiterentwicklungen, die ihm Anlass für Optimismus geben. Teile der Linken hielten jedoch nicht Schritt mit aktuellen Veränderungen und reagierten defensiv, anstatt emanzipative Transformationsoptionen offensiv auszuloten.

Brigitte Kratzwald beleuchtet das Potenzial der unter dem Begriff »Commons« (Gemeingüter) gefassten Anliegen, die einen Fokus aktueller sozialer Kämpfe bilden. Der Kampf um die Commons und ihre Stärkung bzw. Schaffung und Ausweitung seien heute notwendig als Ergänzung zu den Kämpfen innerhalb des Kapitalverhältnisses, nur dann bestehe die Chance, aus den verschiedenen Sackgassen herauszukommen.

Das vorliegende Heft ist mit Resultat des Symposiums »Neoliberalismus – Krisenfolgen – Machtverhältnisse«, das im Juni 2011 im Forum Stadtpark in Graz stattgefunden hat.

Literatur

- Brand, Ulrich (2009) Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4, 93-101.
- Crouch, Colin (2011) Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin.
- Demirovic, Alex (2005) Ist der Neoliberalismus hegemonial? In: Ursula Filipic (Hg.) Neoliberalismus und Globalisierung, Arbeiterkammer Wien, 11-26.
- Harmes, Adam (2012) The rise of neoliberal nationalism, in: Review of international political economy 19/1, 59-86.
- Harvey, David (2005) A brief history of neoliberalism, Oxford.
- Jessop, Bob (2012) Neoliberalism, in: Wiley-Blackwell Encyclopedia of Globalization, Oxford.
- Kurswechsel (2002) Neue Formen liberaler Herrschaft, Heft 2.
- Kurswechsel (2012) Sparen, sparen, sparen. Austeritätspolitik im neuen Schuldenzeitalter?, Heft 1.